

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Gewerkschaften beim Kanzler.

Heute nachmittag 4 Uhr findet, wie wir hören, in der Reichskanzlei zwischen den Gewerkschaften und dem Reichskanzler eine Besprechung statt, die sich mit der zugehörigen wirtschaftlichen Notlage befassen wird. Der Besprechung ging heute vormittag eine Aussprache der Gewerkschaften im Reichstag voraus. Bei der Besprechung mit dem Reichskanzler wird natürlich die Frage der Lebensmittelversorgung im Vordergrund der Erörterung stehen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist heute vormittag zusammengetreten. Die Sitzung dauerte bei Schluß des Blattes noch an.

Alle Kommentare bürgerlicher Montagmorgenblätter über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der gegenwärtigen Situation beruhen lediglich auf Kombinationen.

Landwirte, liefert Kartoffeln!

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Brandes erklärt, wie WTB. meldet, folgenden Ausruf: „Der Reichskanzler weist darauf hin, daß infolge der Verspätung der Kartoffelernte die Städte von Kartoffeln entblößt seien und daß auch sonst die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchermassen wachsen. Der Reichskanzler richtet an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Ausruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffeln, möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern. Unterstützung durch das Reichsverkehrsministerium sei zugesichert. Landwirte, liefert Kartoffeln! Ich unterstütze diese erste Mahnung des Reichskanzlers aufs dringendste. Verspätete Ernte und Marktentwertung verschlimmern die Lage. Es kommt jetzt darauf an, trotz dieser Schwierigkeiten den Anschluß an die neue Ernte zu erreichen, die, wenn sie gut geborgen werden kann, gut zu werden verspricht. Ich fordere deshalb die deutschen Landwirte auf, der Mahnung des Reichskanzlers zu folgen und insbesondere, soweit es der Reifegrad der Kartoffeln irgend gestattet, die Städte möglichst ausgiebig mit Frühkartoffeln zu versehen.“

Britischer Schritt in Brüssel.

Paris, 30. Juli. (WTB.) Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ führt die besondere Einstellung Belgiens in der Reparationsfrage auf Schritte, die der englische Gesandte Sir George Graham in den letzten Tagen unternommen hat, zurück. Sir Graham gab zu verstehen, daß England in Berlin wegen Einstellung des passiven Widerstandes nur dann vorrücken werden könne, wenn es sich vergewissert habe, daß für eine Regelung des Reparationsproblems mit den Verbündeten hinreichend Aussicht bestehe. Es verlaute, daß Außenminister Jaspars auf Grund der englischen Schritte die Absicht hatte, sich nach London zu begeben, um mit den englischen Ministern zu sprechen. Ministerpräsident Theunis hielt dies jedoch für unzumutbar und erklärte, es müsse zunächst ein vollständiges Einvernehmen mit Paris zustande kommen. Der Ministerrat nahm für Theunis Stellung und vertrat den Standpunkt, daß man zuerst die von Jaspars vorgeschlagene Initiative nicht ergreifen könne. Nichtbedingten hielten es die Minister für angebracht, einen Mittelweg zu beschreiten, und so sei der belgische Zusatzenwurf entstanden, in dem die Auffassung Belgiens vom Reparationsproblem im allgemeinen deutlich umschrieben ist und England die gewünschte Auskunft erhält.

Der „Temps“ gibt zu, daß die belgische Antwort nach einem ganz anderen Plan wie das französische Dokument entworfen und es folglich zwecklos sei, beide Schriftstücke miteinander zu vergleichen. Doch könne man versichern, daß Frankreich und Belgien betreffend die Ruhebesehung und aller durch sie angeregten Fragen einig wären. Dem widerspricht ein Teil der Linkspreffe. Der „Temps“ erklärt, daß die französisch-belgischen Besprechungen fort-dauern.

Paris, 29. Juli. (WTB.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ sagt, es scheint übrigens nicht ausgeschlossen, daß jedes der beteiligten Länder nach vorheriger Verständigung der deutschen Regierung gesondert seine Auffassung mitteilen werde. Diese Annahme, so sei ihm erklärt worden, dürfe wegen der etwaigen Haltung Italiens, die sehr wohl Überwachungen bringen könne, nicht von der Hand gewiesen werden.

„Echo de Paris“ stellt fest, daß die französische und die belgische Antwort ziemlich verschieden voneinander seien. Die belgische Antwort genüge zwar im Prinzip der Postul Franz-reichs, trage aber im höchsten Grade den englischen Vorschlägen Nachdruck, namentlich hinsichtlich des von Deutschland angebotenen Garantiesystems und der erneuten Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Englische Ministerreden.

London, 30. Juli. (WTB.) Der Untersekretär im Auswärtigen Amt, Mac Kell, richtete in einer Rede vor einer konservativen Zuhörerhaft einen äußerst heftigen Angriff gegen Lloyd George wegen seiner Antwort auf Poincaré, die er dem „Observer“ zufolge als heuchlerisch und unverschämte bezeichnete. Es sei richtig, daß zwischen England und Frankreich Meinungs-verschiedenheiten beständen; diese seien aber durchaus freundschaftlicher Art und gingen weit weniger tief, als manche Blätter vermehren ließen. Es sei eine unpatristische Handlungsweise, wenn Leute wie Lloyd George diese Meinungs-verschiedenheiten zur Uneinigkeit und Entfremdung zu steigern versuchten.

Der Finanzsekretär im Schahamt, Sir Jorgeson Hids, sagte in einer Rede in Twickenham, die Arbeitslosigkeit könne nur durch Stabilisierung der Weispostil beseitigt werden. England wünsche, daß seine Alliierten und seine vormaligen Feinde in der Lage seien, sich am Weltmarkt zu beteiligen. Manche Leute wunderten sich darüber, daß England die Wiederherstellung Deutschlands wünsche. Wenn man sich aber um diese 70 Millionen Menschen nicht mehr kümmern wollte, dann brauche man sich ebenso wenig um Frankreich, Italien, Amerika zu kümmern, dann könne man auf die ganze Welt verzichten. Die Abfassung der britischen Mitteilung an die Alliierten sei die vor-sichtigste und behutsamste Arbeit gewesen, die er je gesehen habe, seit er in das politische Leben eingetreten sei. Es herrsche große Besorgnis wegen der bevorstehenden Antwort. Er könne nicht glauben, daß die Staatsmänner die Früchte des Sieges preisgeben und zulassen werden, daß Mitteleuropa und die Welt dem Unter-gang anheimfiele. Auch Sir Jorgeson Hids kritisierte in seiner Rede die Antwort Lloyd Georges an Poincaré; sie sei maßlos und bilde im gegenwärtigen Zeitpunkt eine öffentliche Ge-schär.

Ein Mißgriff.

Das gegen den französischen pazifistischen Universitätsprofessor Langevain vom Berliner Polizeipräsidenten erlassene Rede-verbotsurteil ist ein Mißgriff. Gewiß spricht aus dem Schreiben, mit dem diese Maßnahme mitgeteilt und begründet wurde, alles eher als eine unfreundliche Gesinnung gegenüber dem fran-zösischen Gast. Aber schon das Argument der anderweitigen Inan-spruchnahme der Polizeikräfte am Demonstrationssonntag wird niemandem recht überzeugen, denn höchstens zwanzig Mann hätten schon genügt, um jede nationalsozialistische Gegenkundgebung im Keime zu erstickern, und über die hätte das Polizeipräsidium jedenfalls verfügen können.

Vor allem aber geht das außenpolitische Argument völlig fehl. Im Ausland wird die Sache so aufgefaßt werden, daß haken-kreuzerische Drohungen auch in Berlin genügen, um ein Redeverbot gegen einen französischen Pazifisten zu erwirken. Und das ist für das Ansehen Deutschlands ebenso schädlich wie eine — übrigens durch-aus unwahrscheinliche — Ausführung dieser Drohungen. Das hätte sich das Auswärtige Amt sagen müssen, das merkwürdiger-weise die Initiative zu diesem Schritt ergriffen hat, nachdem es zunächst die Zensurverleihung erteilt hatte.

Wenn nun in der ersten Erregung über das Verbot partei-genössliche Redner in den Versammlungen große Worte von „Schandfleck“ und „Konsequenzen ziehen“ gesprochen haben, so möchten wir demgegenüber bemerken, daß dies, zumal in der jetzigen Zeit, in der wir ganz andere Sorgen haben als interne Auseinandersetzungen, arge Übertreibungen sind. Wir billigen es gewiß nicht, daß Genosse Richter dem Druck einer Reichsstelle so leicht nachgegeben hat, aber es gehören noch ganz andere Dinge dazu, die „Konsequenzen zu ziehen“.

Übrigens wird uns versichert, daß das Redeverbot aus-schließlich für den gestrigen Demonstrationssonntag galt und daß an jedem anderen Tag Professor Langevain in Berlin das Wort öffentlich ergreifen, da für den nötigen Polizeischutz gesorgt werden könnte. Das wäre der Weg, um den gestrigen peinlichen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen, und wir würden uns freuen, wenn er noch betreten werden könnte.

Jaurès-Gedenkfeiern in Paris.

Paris, 30. Juli. (WTB.) Die sozialistische Partei und die Ge-werkschaften haben zum Jahrestag der Ermordung Jaurès' gestern eine Gedenkfeier veranstaltet, bei der für die deutschen Sozialdemokraten Abg. Long Sender sprach. Trotz des Druckes von außen, erklärte sie, gebe es in Deutschland eine starke Partei, die gegen die Reaktion zu kämpfen entschlossen sei. Rednerin verlangte von den französischen Sozialisten Unterstützung ihrer deut-schen Genossen. Abg. Paul Boncour erklärte, das wahre Frankreich wolle den Frieden.

Das „Vorwärts“-Verbot abgelaufen.

Das Verbot des „Vorwärts“ in der französischen und belgischen Zone des altbesetzten Gebiets ist abgelaufen. Der „Vorwärts“ kann für den Monat August sofort wieder bei den Postanstalten bestellt werden.

Wegen der Ausweisung mehrerer Franzosen aus Sowjet-Georgien hat die französische Regierung die Ausweisung des Ver-treters der transkaukasische Sowjet-Republik in Paris und Mar-seille, Kabischar, angeordnet.

Neuer Marksturz.

Dollar amtlich 1,1 Million.

Obwohl am Sonnabend an den ausländischen Börsen eine leichte Erholung des Markturzes zu verzeichnen war, setzte bei Beginn der Woche ein verheerender Sturz ein. Heute vormittag liefen von den verschiedenen ausländischen Börsen sehr un-günstige Marktnotierungen ein. Es ergab sich im Durchschnitt eine Parität für den Dollar von etwa 1,3 Millionen Mark. Im amtlichen Devisenverkehr der Berliner Börse wurde zunächst das eng-lische Pfund mit 5 Millionen Mark notiert bei einer Zuteilung von 10 Proz. An der Effektenbörse bestimmte ausschließlich die Lage des internationalen Devisenmarktes das Geschäft.

Die einen und die anderen.

Lassen wir sie selber reden.

Das „Deutsche Tageblatt“ (völkisch) vom Sonntag, den 29. Juli:

Vor dem großen Schlag!

Die Kommunisten wagen den Bürgerkrieg, Räteblutspur oder nationale Diktatur!

Die Kommunisten haben für heute an Stelle der verbotenen Demonstrationen und des nötigenfalls mit Waffengewalt verbin-derten Antifaschistentages auf der Straße Massenversammlungen in verschiedenen Sälen angelegt. Sie haben ferner ihre Haupttätig-keit von Potsdam zurückverlegt nach Groß-Berlin. Aller-dings dürfte ihnen auch hier jedes gewalttätige Auftreten über zu stehen kommen, da Schupo und Kriminalpolizei in Alarmberei-t-schaft sind und nach höherer Weisung angewiesen sind, einen Auf-ruhr mit allen verfügbaren Mitteln niederzuschlagen.

In Wirklichkeit ist der vermeintliche Rückzug der Kommunisten nichts weiter als ein Abkontingierungsmanöver für den 29. Juli. So wissen wir aus genauester Quelle:

In der Nacht vom Freitag zu Sonnabend haben die Befehls-empfänger der Roten Armee den Befehl an die Proletarischen Hundertschaften ausgetragen, dann mit Motorfahrzeugen weitergeben lassen,

daß am Sonntag unter allen Umständen losgeschlagen wird.

Ueber den Angriffsplan der Kommunisten sind wir bis ins Kleinste unterrichtet.

Wohlan denn, wenn die Sowjet-Deutschen den Bürger-krieg haben wollen, so sollen sie ihn haben. Ihre Herrlichkeit wird nach allem von recht kurzer Dauer sein! Das Blut, was fließen wird, kommt weniger auf ihre Häupter, wie auf die ihrer gewissen-losen jüdischen Versführer. Das wird sich das deutsche Volk zu merken haben!

Wir Völkischen müssen am Sonntag und an den kom-menden Tagen bereit sein, unser Leben für die Rettung des deutschen Vaterlandes aus den Klauen des Bolschewismus einzusetzen!

Ein jeder sei auf dem Posten!

Alle für einen!

Einer für Alle!

„Rote Fahne“ (kommunistisch) vom Montag, den 30. Juli:

Gegen Hunger, Regierung und Hakenkreuz!

Vom Manöver zur Schlacht!

Sie haben's nicht gewagt!

Sie haben gedroht und haben provoziert eine Woche lang. Sie ließen ihre Truppen erzögern für den Straßenkampf. Sie ratterten mit ihren Panzerautos auf den Übungsgeländen. Sie alarmierten ihre ganze Truppenmacht, Polizei und Militär. Sie verwandelten die Stadtviertel um die Versammlungstorte in besetzte Plätze. Sie hatten in den Handgeschossen Maschinengewehre, Karabiner, Mäuser und Handgranaten zerren am Koppelzeug ihrer Soldner. Ihre Spindel waren am Werte.

Sie wollten ein Blutbad. Sie brauchten das Blutbad, um Luft zu bekommen. Und sie haben es nicht gewagt.

Das ist das Eingeständnis der Ohnmacht. Das besiegte Cuno's Ende. Wer in solcher Situation Schwäche zeigt, der ist erledigt. Und die Faschisten? Sie hatten unsere Herausforderung ange-nommen. Sie hatten gedroht und sich geproßt. Und sie waren nicht zu sehen. Das ist für sie eine Schlappe.

Und wir?

Gewiß, wir haben unsere Front zurückgenom-men, als uns der Feind einen Kampf aufzwingen wollte, für den die Arbeiterschaft noch nicht genügend gerüstet war.

Aber wir haben unsere Front genau an der Grenze der Gefahrenzone aufgestellt und wir haben trotz Cuno und Severing, trotz Drohung und Verbot unsere Demonstrationen durchgeführt, wo wir die Herren der Lage waren. . . .

Wir haben im Angesicht des aufmarschierenden Feindes eine große Gefektsübung durchgeführt und sie ist gelungen. Das ist angesichts der elektrisch geladenen Atmosphäre ein gewaltiger Erfolg.

Der 29. Juli sollte eine Demonstration gegen den Faschismus werden, der das Leben des Proletariats bedroht. Er wurde zu einem Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die Regierung, die Deutschlands Zusammenbruch vollendet hat. Er hat der Regierung den Stoß ver-setzt, an dem sie verrecken muß.

Der 29. Juli hat die Kraft der kommunistischen Partei erwiesen, hat den Beweis erbracht, daß die KPD die Arbeiterklasse führt.

Das aber legt eine ungeheure Verantwortung auf die Schultern der Partei. Sie muß jetzt ihre ganze Kraft anspannen, um vom Manöver zur Schlacht zu kommen.

Vorwärts vom Manöver zur siegreichen Schlacht!

Es ist eine herrliche Kriegsstimmung. Man fühlt sich in die Zeiten des großen Ludendorff und seines kleinen Nicolai ver-setzt, wenn man diese Kriegsberichte liest. Die Völkisch-Natio-nalen weitellern mit den Bolschewistisch-Nationalen, um den Siegespreis sich zuzuschreiben. Doch konkurriert mit Hinden-burg, Cadorna mit Höpferdorff: Es ist eine Lust zu leben!

Die Kommunisten haben seit Wochen ihre Demonstrationen angekündigt in einer Tonart, die sich in nichts unterschied von jener, die den mitteldeutschen Putz von 1921 einleitete. Sie haben in umfangreicher schriftlicher Propaganda, befond-ers auf die völkischen Studenten abgestimmten Flug-schriften, in nachgeahmter antisemitischer Ausdrucksweise ihren „Antifaschistentag“ vorbereitet. Wenn die Völkischen zum Gegen-schlag aufforderten, so war ihnen das angeblich nur an-genehm. Sie rechneten damit, daß schließlich keine Staats-

regierung, am allerwenigsten eine kommunistische, offen den Bürgerkrieg propagieren lassen kann, ohne dagegen nach Maßgabe ihrer Kräfte Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Trotzdem ihre wilden Aufrufe, trotzdem ihre Aufforderung, ungeachtet des Verbotes, zu demonstrieren! Und dann schließlich das Umbiegen kurz vor Torreschlus!

Und nun hinterher die bombastischen Redensarten: „Wir haben die Front zurückgenommen!“ „Wir haben die Front an der Grenze aufgebaut!“ „Wir haben ein Manöver gemacht, aber wir bereiten die Schlacht vor!“ Und so weiter mit Grazie.

Völkische und Kommunisten arbeiten einander in die Hand. Zunächst unbewußt, aber je länger desto mehr mit vollem Bewußtsein. Die einen künden den kommunistischen Umsturz, die anderen den Faschismus an. Beide wissen, daß sie einander als Schreckgespenst benutzen, um schließlich gemeinsam aus dem Chaos Vorteile zu ziehen. Schließlich aber wird durch dieses Ballspiel lediglich das letzte Restchen von Vertrauen im Auslande vernichtet. Und das notleidende deutsche Volk trägt den Schaden, wenn es sich nicht mit aller Energie gegen beide Schädlinge wendet.

Mißglückte Kraftprobe.

Schlechter Versuch der kommunistischen Kundgebungen.

Der von der kommunistischen Parteileitung seit Wochen mit allen Mitteln propagierte Antifaschisten-Sonntag endete mit einer Enttäuschung für die kommunistische Partei. Die Versammlungen und Demonstrationen waren nur außerordentlich schwach besucht. Die Kommunisten werden die Schuld an diesem negativen Resultat nicht dem Verbot zuschreiben können, unter freiem Himmel zu demonstrieren. Denn in Sachsen und Thüringen, wo das Verbot nicht bestand, und wo die Kommunisten sich jeder nur erdenklichen Freiheit erfreuen, war die Teilnahme an den Veranstaltungen ebenso spärlich, wie anderwärts auch. Das arbeitende Volk hat andere Sorgen als sich an der Kapphagerei zwischen zwei Parteien zu beteiligen, deren unaufrichtige Propaganda einander würdig ist, und die sich heimlich die Hand reichen, wenn es gilt, Gewalttätigkeiten zu provozieren. Der Antifaschistentag hätte gar nicht die Bedeutung bekommen können, die ihm ängstliche Gemüter im bürgerlichen Lager beilegen, wenn ihm nicht die deutsch-völkischen Organisationen, zu denen sich auch die deutschnationale Volkspartei zugesellte, durch ihr Gezeter und Drohungen zu einem gewissen Ruhm verholfen hätten. Es kennzeichnet die Lage, wenn die „Rote Fahne“ vom Montag in triumphierendem Fettdruck aus Halle meldet: „Die Abwehrformationen und der Stahlhelm stehen sich wie zwei feindliche Heere gegenüber.“ Als ob sich kein schöner Anblick denken ließe, als daß sich Deutsche und Deutsche mit den Waffen in der Hand gegenüberstehen, und als ob dieser Augenblick nicht schnell genug kommen könnte! Diefelbe Tonart beherrscht auch im übrigen die „Rote Fahne“. „Vom Manöver zur Schlacht!“ ist ihr Leitmotiv. Weiß die „Rote Fahne“ nicht, was ein moderner Bürgerkrieg anrichtet, der ganze Städte verwüstet, der Land und Industriezentren vernichtet?

Dieses Spiel mit dem Bürgerkrieg ist ein Verbrechen, von dem sich die Kommunisten nie reinwaschen können werden. Aber sie mögen es sich gesagt sein lassen, wenn es die Republik und das Wohl der Arbeiterschaft gegen die Butschgeilste gewissenloser Desperados zu verteidigen gilt, dann werden Kräfte bereitstehen, die den Mund zwar weniger voll nehmen, dafür aber Verantwortungsgefühl den Arbeitern gegenüber besitzen und die wissen, was sie tun.

Seine Bürgerkreise, die aus Angst vor den kommunistischen Mauthelden das Treiben der Faschisten milder beurteilen zu müssen glauben, werden aus dem gestrigen Sonntag gesehen haben, daß die kommunistischen Bäume noch lange nicht in den Himmel wachsen. Zu ersten Unruhen ist es lediglich in Neu-Kuppin gekommen und auch hier nicht am Antifaschisten-Sonntag, sondern am Sonnabend, auch hier nicht, weil sich die Gemüter über die Frage Faschismus oder Kommunismus erregten, sondern wegen der maßlosen

Teuerung und der Lebensmittelpnappheit, die am augenblicklich die gefährlichsten und unerbittlichsten Feinde Deutschlands. Gerade jene Kreise, die am meisten vor der kommunistischen Gefahr erzittern, sollten daran nicht vorübergehen. In ihrer Hand liegt es, beides wenigstens zu mildern. Mögen sie sich auf ihre Pflicht dem Volksganzen gegenüber besinnen, ehe es zu spät ist.

Hungerrevolten in Neu-Kuppin.

In Neu-Kuppin ist es am gestrigen Sonnabend vor dem dortigen Gefängnis zu blutigen Unruhen und zu Plünderungen gekommen. Bei einem Zusammenstoß zwischen Schutzpolizei und Tumultuanten sind zwei Personen getötet und sieben schwer verletzt worden. In der Nacht zum Sonntag mußte von Potsdam polizeiliche Verstärkung in Kraftwagen herangeschafft werden, da sich die Situation sehr bedrohlich gestaltet hatte. Im einzelnen erzählt die B. S.-Korrespondenz dazu folgendes:

In Neu-Kuppin war zum gestrigen Sonntag eine Kundgebung gegen den Faschismus von der dortigen kommunistischen Partei einberufen worden. Am Sonnabendnachmittag fanden sich am Markt und in den Straßen bereits größere Menschenmengen zusammen, die von der Regierung Maßnahmen gegen die Teuerung verlangten. Im Anschluß an diese Kundgebung wurden fünf Lebensmittelgeschäfte, darunter Filialen von Margarine- und Butterhandlungen, angeplündert. Nach einer Versammlung der kommunistischen Partei, die in den Abendstunden stattfand, zogen 3000 bis 4000 Personen vor das Gefängnis, um dort die Freilassung politischer Gefangener zu verlangen. Die Beamten wiesen die Aufforderung zurück, sperrten die Tore ab und riefen telephonisch die Schutzpolizei zu Hilfe. Gleichzeitig wurde von der Regierung in Potsdam polizeiliche Verstärkung erbeten. Vor dem Gefängnis kam es zu farnenden Kustritten und gegen 11 Uhr abends versuchte die Menge, das Gebäude zu stürmen. Die Schutzpolizei, die stark in Bedrängnis geraten war, gab erst eine Warnungsschüsse ab und schoß dann, als das nichts fruchtete, auf die Anstürmenden. Dabei wurde der Metallarbeiter Cembe getroffen, während fünf andere Personen schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert wurden. Eine größere Anzahl Leichtverletzte nahm private ärztliche Hilfe in Anspruch. Etwa 15 Personen wurden verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert. Die um Mitternacht eintreffende Schutzpolizei aus Potsdam befehligte das Gefängnis und die anderen öffentlichen Gebäude, da die Demonstranten bis zu den Morgenstunden die Straßen nicht räumten. Der Sonntag verlief ruhig.

Der schädliche Selbstschutz.

Für die Vorfälle in Neu-Kuppin ist es sehr bezeichnend, daß zunächst am Freitag ein Lebensmittelgeschäft von einer kleinen Anzahl Radikaler geplündert wurde. Erst als der Bürgerbund selbständig vorging und die Plünderer verjagte, bemächtigte sich auch der bisher unbeteiligten Arbeiterschaft große Unruhe, da das Vorgehen des Bürgerbundes von linksradikaler Seite alsbald als „Vorstoß der Reaktion“ gekennzeichnet und demgemäß agitatorisch ausgeschlachtet wurde. Der erste Bürgermeister sah sich daraufhin veranlaßt, für Sonnabendvormittag eine Besprechung zwischen den Vertretern des Bürgerbundes, des Gewerkschaftsartikels und der Polizei einzuberufen, in deren Verlauf der Bürgerbund schließlich auf weitere Selbstschutztätigkeit verzichtete, während das Gewerkschaftsartikkel für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung garantieren zu können glaubte. Den Polizeistreifen wurden Ordner der Gewerkschaftsartikelle,

die mit weißen Armbinden versehen waren, beigegeben, und so gelang es, während des ganzen Sonnabends die Ruhe aufrechtzuerhalten. Der Verkauf auf den Märkten und in den Lebensmittelgeschäften vollzog sich ungestört. Von der Stadtverwaltung wurden nach größere Mengen von Margarine beschlagnahmt und zum sofortigen Verkauf weitergegeben. Erst in den Abendstunden des Sonnabends, bald nach Eintreffen des Berliner Zuges, änderte sich das Bild, da die linksradikalen Elemente anscheinend Zugang erhalten hatten. Auf den Straßen kam es zu immer größeren Ansammlungen, die Ordner der Gewerkschaftsartikelle wurden als

„Kostehunde und Severingleute“ verhöhnt, ein Funktionär wurde von den Kommunisten verprügelt, und in der Nähe des Gefängnisses, wo die Menge inzwischen auf mehrere tausend Personen angewachsen war, kam es dann zum Zusammenstoß mit der Schutzpolizei, nachdem der Versuch, in das Gefängnis einzudringen, mißlungen war. Obgleich die Schutzpolizisten sich der größten Zurückhaltung befleißigten, setzte plötzlich von allen Seiten ein Steinbombardement auf sie ein, man versuchte ihnen die Karabiner und Pistolen zu entreißen, so daß den Beamten schließlich nichts anderes übrig blieb, als in der Notwehr von der Waffe Gebrauch zu machen.

Der gestrige Sonntag ist dann dank der aus Potsdam eingetrossenen Polizeiverstärkung vollkommen ruhig verlaufen. Ursprünglich hatten die Kommunisten zwar entgegen dem ausdrücklichen Verbot eine öffentliche Versammlung auf dem Paradoplatz in Neu-Kuppin einberufen, in der ein aus Berlin bestellter Redner sprechen sollte. Dem persönlichen Eingreifen des Bürgermeisters, der die kommunistischen Führer auf die verhängnisvollen Folgen ihres Vorhabens aufmerksam machte, gelang es dann aber, die Demonstranten zur Räumung des Paradoplatzes und zur Abhaltung der Versammlung in einem Saal zu veranlassen. Bis auf weiteres wird die Polizeiverstärkung in Neu-Kuppin noch verbleiben, da bei der Tätigkeit der linksradikalen mit weiteren Befreiungsversuchen der bei den Unruhen Verhafteten gerechnet werden muß.

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß das vorzeitige Eingreifen von „Selbstschutz“ nur lächerlich wirkt und doch vernünftige Verhandlungen und das Auftreten des proletarischen Ordnungsdienstes genügen, um Schlimmes zu verhindern. Selbst die verantwortlichen Vertreter der kommunistischen Partei konnten sich den Verursachungsgründen nicht entziehen. Sehr bemerkenswert ist, daß erst das Eintreffen von auswärtigem Brot die Lage veränderte. Hier wird man in Zukunft den Hebel ansehen müssen, um Schwierigkeiten, die keinem nützen, zu verhindern.

Die Regierungsfrage in Strelitz.

Gleich nach den Wahlen in Mecklenburg-Strelitz wurde das Gerücht verbreitet, daß ein Teil der Demokraten, und vor allem der demokratische Minister Hustedt, bereit sei, mit den Rechtsradikalen eine Regierungskoalition zu bilden. Dazu bemerkt der in Schwerin erscheinende demokratische „Norddeutsche Anzeiger“ in einer offenbar von der Parteileitung in Mecklenburg-Schwerin beeinflussten Notiz:

„Minister Hustedt dürfte selbst wissen, daß zwischen ihm und den Hakenkreuzern es kein Pattieren geben kann, daß nur eine entschlossene Politik auf dem Boden seiner Partei die Ehre der letzten Wahl ausgleichen kann. Wenn er sich durch heuchelische und übertriebene Hoffnungen auf ein sonnendes kurzfristiges Kabinett irreleiten ließe, so stelle er sich in Gegensatz zu keinen republikanisch denkenden Anhängern. Die Folgen müßte er dann selbst überdenken. Das Wohl des Landes liegt jedenfalls nicht dort, wo Deszendenten und die Gefinnungsgenossen der Vorkämpfer „Helden“ entscheidend die Hand im Spiele haben. Eine Rechtsregierung in Strelitz wird auf alle Fälle bei den Republikanern auf Granit stoßen.“

Gelten diese Worte auch für die Demokraten in Mecklenburg-Strelitz, dann bleibt Deutschland das widerwärtige Schauspiel einer Koalition zwischen Anhängern der Diktatur und der Demokratie auf der einen sowie den Anhängern der Demokratie und der Republik auf der anderen Seite erspart. Leider fehlt zur Stunde noch eine klare Meinungsäußerung von dieser Seite.

Eine Meinungsverschiedenheit im britischen Kabinett ist darüber entstanden, ob die Marine-Luftstreitkräfte dem Luftfahrtsamt unterstellt werden sollen oder nicht. Im ersten Falle sollen die Vorgesetzten der Admiralität ihren Rücktritt in Aussicht gestellt haben. Man erwartet, daß der Premierminister Anfangs nächster Woche dem Unterhaus eine Mitteilung über die Angelegenheit machen werde.

Harding erkrankt. Reuter zufolge ist Präsident Harding, der sich auf dem Wege nach Yosemite Park befindet, an Ptomain-Vergiftung erkrankt, jedoch wird sein Zustand von den Ärzten nicht als ernst bezeichnet.

Finanzreform.

Von Otto Schumann.

Cuno magert neuerdings ab. Kein Wunder, Bisher funktionierte sein Finanzsystem vortrefflich. Der Volkswohlstand wühlte; denn Geld war in Palästen und Hütten in Fülle vorhanden; und wenn es nicht ausreichte, so erschien Cuno wie das Schillerische Mädchen aus der Fremde

Und teilte jedem seine Gabe
In nagelneuen Scheinen aus;
Der Jüngling wie der Greis am Stabe,
Ein jeder ging beschenkt nach Haus.

Ein Verlagen der Maschinenindustrie dabei von vornherein ausgeschaltet. Durch eine fortschrittliche Erhebung war festgestellt, daß, solange Cuno lebte, genug Holzstoff zur Papierbereitung in Deutschland vorhanden sei, und eine Umfrage bei den Sachwertbesitzern habe eine rückhaltlose Einverständniserklärung dieses wichtigsten Volksteiles mit dem Cunoschen Verfahren ergeben. Da plötzlich kam eine Störung von ganz unerwarteter Seite: Die Bewohner der Dranienstraße und Umgegend wandten sich mit einer dringenden Beschwerde an die Reichsregierung, das dauernde und nachgerade unerträgliche Quietschen der Notenpresse mache die Nachtrübe wie den Mittagschlaf zu einer Unmöglichkeit. Cuno versprach zu ihnen; im übrigen müßten solche Unzuträglichkeiten im vaterländischen Interesse hingenommen werden. Inzwischen, die Klagen dauerten an und wuchsen sich zu einer Abordnung aus, die den Reichsanzler ausgerechnet aus seinem Mittagschlaf herausriß. Jetzt dämmerte ihm auf, daß hier in der Tat kostbares Volksgut auf dem Spiele stehe. Seitdem denkt er intensiv, aber ergebnislos nach, wie dieser Fehler zu beseitigen sei. Wir können ihn nicht länger in der Klemme sitzen lassen und haben daher auch unser laienhaftes Gehirnschmalz in Wallung gesetzt, bis es uns gelungen ist, das Ei des Columbus von neuem auf die Beine zu stellen. Wir offerieren es Herrn Cuno zum gewöhnlichen Eierpreise. Unser Vorschlag lautet:

Erstens: Die Notenpresse wird sofort stillgelegt. Was zunächst den Vorteil hat, daß sich weitere Beschwerden der Nachbarschaft erübrigen.

Zweitens: Die Reichsregierung verfügt: Allmonatlich mittags Punkt zwölf Uhr hat jedermann auf die gerade in seinen Händen befindlichen Banknoten mit Bleistift eine Null hinzuzufügen. Bleistifte hängen in der Reichsanzlei, auf den Postämtern und in allen öffentlichen Bedürfnisanstalten aus. Es leuchtet ein, daß auf diese Weise allmähentlich zu bestimmter Stunde die Geldmenge, d. h. des Volkvermögens, um das Sechsfache vermehrt wird, ohne daß neue Noten gedruckt zu werden brauchen. Die Kaufkraft wird demnach gleichfalls schon Sonntag um zwölf Uhr, jedoch noch früher, ihre Preisauszeichnungen um eine Null zu verlängern. So

ist einerseits das Interesse des Handels Genüge gesehen, andererseits den milden, der Kaufkraft des Publikums voraussetzenden Preissteigerungen Einhalt geboten. Die Bleistiftmuller werden von den nun entlasteten Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichsdruckerei kontrolliert. Die Befürchtung, es möchte für solche Kassen auf den Banknoten bald kein Blei mehr sein, ist für jeden, der nachzudenken versteht, hinfällig. Denn sobald erst einmal die Notenpresse ihre Arbeit eingestellt hat, hebt sich mit einem Schlag unser Kredit und der Wert unseres Geldes, so daß in kürzester Zeit nicht nur keine weiteren Kassen hinzugefügt zu werden brauchen, vielmehr mit dem Abbau begonnen werden kann, dergestalt, daß allmonatlich eine Null nach der anderen ausradirt wird, auf den Banknoten sowohl wie in den Schaufenstern. Radiergummil an den oben genannten Stellen zu haben! Den Beginn des Radierverfahrens festzusetzen, behält sich die Regierung vor. Sie hat nun den Spieß in der Hand und kann durch beschleunigte Rückzahlung dem unermeßlichen Dollarkurs nach Belieben nachhelfen. Da, es ist klar, daß im Laufe dieses Verfahrens, vorausgesetzt, daß jeder Staatsbürger Sonntags auf seinem Posten ist, auch noch die bereits gedruckten Kassen unserer Banknoten daran glauben müssen, und daß wir ohne Inanspruchnahme von Goldbeständen, Sachwerten und Notendruck zwangsläufig zu einer anständigen Währung zurückkehren. Der dann allerdings zu erwartenden Unzufriedenheit der Bevölkerung, die sich nach den jetzigen glücklichen Zeiten, wo sie im Gelde wählen konnte, zurücksehen wird, könnte durch öffentliche Aufklärung darüber, daß Geld nicht glücklich macht, vorgebeugt werden. Doch das sind spätere Sorgen!

Das Rennen nach Amerika. Wie eine Flotte, die eine Invasionsarmee an Bord hat, jagten in der Nacht zum 1. Juli dreizehn große Ozeandampfer dem Hafen von New York zu. Ihr Bestreben war, die Auswanderer in ihren Zwischenhäfen und Kojäten in Ellis Island, der Durchgangs- und Kontrollstation für die atlantische Einwanderung, auszuladen, ehe die Höchstzahl der Zugelassenen einer Nationalität überschritten sein würde. Diesen dreizehn Schiffen mit 9748 ausländischen Passagieren an Bord folgten kurz darauf fünf weitere Schiffe, gleichfalls in höchster Fahrt, um möglichst zu vermeiden, daß sie am Ende einen Teil der Einwanderer nach Europa zurückzuschaffen müßten. Innerhalb von sechs Minuten nach Mitternacht hatten zehn der Dampfer die Hohenelzengrenze der Union gekreuzt, und am Abend des ersten Tages des neuen Einwanderungsjahres hatten die Zuwanderer aus Vorderasien (Mesopotamien, Persien, Arabische Türkei und Hebräen) und Griechenland die Höchstzahl erreicht; von den rund 1000 Griechen konnten nur 650 zugelassen werden; für den Rest werden sich erst am 1. August wieder die Tore zu den Vereinigten Staaten öffnen. Am ersten Tag wurden von den Einwanderungsbehörden 2974 der Ankunftsliste auf ihren Gesundheitszustand und ihre Legitimationen geprüft, von denen nur 400 — ein recht geringes Prozentsatz — einreisen zurückgelassen wurden. Unter den rund zehntausend Zugelassenen befanden sich 3308 Personen aus Großbritannien,

2068 aus Rußland und den russischen Selbstverwaltungsorganen, 1779 aus Italien, 960 aus Schweden, 472 aus der europäischen Türkei, 422 aus Deutschland und 104 aus Frankreich. Man wird dem Einwanderungskommissar gern zustimmen, wenn er den Reporteur sein Amt als das des Försters Petrus kombiniert mit dem eines Schuhmanns im Großstadterbe bezeichnet.

Internationale geistige Zusammenarbeit. Die Völkerbundskommission für geistige Zusammenarbeit beschloß folgende Maßnahmen zur Einrichtung der internationalen Zusammenarbeit auf geistigem Gebiet zu empfehlen: Schaffung internationaler Kommissionen für geistige Zusammenarbeit, wie sie in den mittel- und osteuropäischen Ländern bestehen. Die Kommissionen sollen Delegierte bezeichnen, die mit der Völkerbundskommission die geeigneten Maßnahmen beraten. Der Völkerbund möge die Regierungen der Mitgliedsstaaten ersuchen, diese internationalen Kommissionen moralisch und materiell zu unterstützen. Die Kommission bittet den Völkerbundsrat, sie zu ermächtigen, von allen beteiligten Institutionen und Privaten Geldmittel entgegenzunehmen, die den internationalen Kommissionen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die gleiche Völkerbundskommission beschloß weiter, dem Völkerbundsrat und der Völkerbundversammlung einen Entwurf einer Konvention zum Schutze des wissenschaftlichen Eigentums zu unterbreiten. Die Kommission fordert von den Regierungen die Schaffung eines Urheberrechtes für wissenschaftliche Entdeckungen ähnlich dem Urheberrecht für Werke der Literatur und Kunst.

Die deutsche Buchausstellung in Moskau. Die Ausstellung des deutschen Buches, die Anfang September gleichzeitig mit der landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau eröffnet wird, soll einen imposanten Lieberblick über die Leistungen des deutschen Buchhandels bieten. Wie im „Völkerbundblatt“ für den deutschen Buchhandel“ mitgeteilt wird, sind 120 große Kisten mit etwa 40 000 Bänden abgefertigt worden, und ebenso sind bereits 200 Kreuzbände unterwegs, die für den großen Transport zu spät kamen. Die wirkungsvolle Aufstellung und Einrichtung wird von zwei Herren der „Deutschen Gesellschaft für Außenbuchhandel“ geleitet.

Deutsche Operntruppe in Rußland. Die Petersburger Stadt-Operntruppe bereitet für die nächste Saison Wagner's „Der Ring des Nibelungen“ und „Siegfried“ und Richard Strauss' „Salome“ vor; das Staatstheater Michaeltheater Hammerbinder's „Häsel und Grete“ und Weber's „Fischerhölle“; die Modlauer Simin-Oper den „Tannhäuser“ und „Tisbea und Joad“. „

Deutsch-slawischer Kulturverband. In der Berliner Studentenschaft hat sich eine Vereinigung gebildet, die eine Zentrale für den kulturellen deutschen und slawischen Kulturinteressen und Kulturwerte im weitesten Sinne unter dem Ausschluß jeglicher Politik sein will.

Draklos-Telegraphie auf Hochdampfern. Während die Dampfer auf hoher See längst mit draklosen Apparaten ausgestattet sind, ist man erst jetzt dazu übergegangen, auch die Hochdampfer mit der draklosen Telegraphie auszurüsten. Es wurden 30 draklose Hochdampfer mit Anspruch nach dem Hochdampfer-Buchstaben einberufen. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die Hochdampfer untereinander wie auch mit der Rederei in dauernder Verbindung bleiben.

Der Kartoffelwagen.

Am Sonnabend vormittag hatte ich im Norden Berlins zu tun. In einer belebten Straße begegnete mir plötzlich ein Trupp laufender Frauen und junger Mädchen, alle mit der typischen Einkaufstasche versehen. Es mochten etwa 30 Personen gewesen sein, denen sich noch andere anschlossen. Immer weiter ging es im Paßschritt, und immer mehr wuchs die Zahl der laufenden Frauen.

Ich konnte mir zunächst die Ursache dieses Wettrennens nicht erklären, bis ich auf dem Fahrdamm einen Wagen entdeckte, der mit etwa 10 bis 15 Sack Kartoffeln beladen war. Der Wagen fuhr in ziemlich scharfem Trab, und neben ihm her rannten die Frauen. Der Wagen bog um die Ecke, der rennende Haufen mit.

Wohin das Rennen ging, wußte ich nicht und wußte auch nicht, wie die Frauen nicht, die den Kartoffeln nachliefen. Der Wagen kam offenbar von der Zentralmarkthalle, gehörte wahrscheinlich einem Grünwarenhändler im Norden Berlins oder weiter draußen in Pantow. Jedenfalls hatten einige der nach Kartoffeln umherirrenden Hausfrauen erwidert, daß die Ladung des Wagens aus Kartoffeln bestand, und waren diesem gefolgt. Andere hatten sich angeschlossen, und so schloß nach und nach der rennende Haufen.

Ich kann mir kein erschütternderes Bild der wirtschaftlichen Katastrophe ausdenken, in die uns die famose Regierung der Frachtmänner hineingezogen hat, als diesen Trupp Berliner Arbeiterfrauen, die hinter einem Wagen Kartoffeln herrennen.

Kartoffeln umsonst.

Vor dem Hause Berliner Straße 73 in Charlottenburg hielt ein Wagen mit Kartoffeln. Während der Aufsicht sich mit einem der Kartoffelsäcke vom Wagen entfernt hatte, sprang plötzlich ein Mann aus dem Wagen, schüttelte schnell 2 Sack Kartoffeln auf die Straße, und ließ dann eiligst davon. Natürlich bildete sich sofort eine Ansammlung von mehreren 100 Personen, die über die ausgeschütteten Kartoffeln herfielen. Der Fahrer rettete den Rest der Kartoffeln dadurch, daß er sich schleunigst aus dem Wagen schwang und davonfuhr. Als herbeigerufene Schutzpolizei erschien, waren das Fuhrwerk und die Kartoffelräuber bereits verschwunden.

Ein Erfolg der Ärzte.

Der volle Friedenspauschal als Grundlage.

Im preussischen Wohlfahrtsministerium fanden am Sonnabend, den 28. Juli, Einigungsverhandlungen zwischen den Berliner Ärzten und Vertretern der Berliner Krankenkassenverbände statt, die zu folgendem vorläufigen Ergebnis führten:

Den Ärzten wird der volle Friedenspauschal als Realkohn gezahlt, dazu kommt der jeweils vom Statistischen Amt errechnete Index als Zuschlag. Die Bezahlung des Arzthonorars durch die Krankenkassen soll wöchentlich erfolgen. Die Bezahlung einer besonderen Berufsunfähigkeitsleistung schulden die Krankenkassenvertreter ab, es soll jedoch nach dem Wunsch des Wohlfahrtsministers noch einmal hierüber verhandelt werden.

Zur Sache muß bemerkt werden, daß der Realkohn der Arbeiter höchstens 54 Proz. beträgt. Die Ärzte haben also mit der Bezahlung des vollen Friedenspauschals einen außerordentlichen Erfolg zu verzeichnen. Die Vorstände der Berliner Krankenkassen werden am Dienstag, den 31. Juli, nachmittags 6 Uhr, im Lokal Ludower Str. 15, zu den Verhandlungen Stellung nehmen. Ob die Vorstände angesichts der Tatsache, daß die Ärzte ohne jeden rechtlichen Grund bereits über zwei Berliner Krankenkassen den vertraglosen Zustand verhängt haben, ohne ihren Vertrauensantrahenten Mitteilung davon zu machen, dem Einigungsversuch zustimmen, ist noch sehr fraglich.

Der Stellvertreter im Gefängnis.

Ein interessantes Wiederaufnahmeverfahren gegen einen Freigesprochenen beschäftigt gegenwärtig die Strafkammer des Landgerichts III. Vor einiger Zeit machte der Fall des Schneidermeisters Gienapp aus Weihenstephan erhebliches Aufsehen. Gienapp war zu Gefängnis verurteilt worden, hatte aber keine Lust, die Strafe zu verbüßen und hatte seinen Gefellen als Stellvertreter ins Gefängnis geschickt. Durch einen Zufall war kurz vor der Entlassung des solchen Sträflings die Sache herausgekommen. Als der Gefangene einmal vorgeführt wurde, begegnete ihm auf dem Fluß ein Bekannter, der ihn mit seinem richtigen Namen anredete. Dadurch war der Schwindel herausgekommen. Im Anschluß an diesen Vorfall hatte sich im Februar vorigen Jahres der Oberlandjäger Zerbe wegen Bestechung und Erpressung zu verantworten. Er sollte die Kenntnis von dem Schwindel mit dem Stellvertreter dazu benutzt haben, von Gienapp Geschenke zu empfangen. Gienapp beschwor damals, daß er die Strafe tatsächlich selbst verbüßt habe, und Zerbe wurde auf Grund dieses Falles freigesprochen. Inzwischen ist Gienapp aber vom Schwurgericht verurteilt worden und nunmehr hat die Staatsanwaltschaft ein Wiederaufnahmeverfahren gegen Zerbe mit der Begründung eingeleitet, daß, wenn Gienapp die Strafe nicht verbüßt habe, für Zerbe ein Grund vorgelegen habe, Gienapp zu erpressen. Rechtsanwält Dr. Puppe hat beantragt, das Wiederaufnahmeverfahren abzulehnen, weil ein Zeuge, der einen Meineid geleistet hat, inzwischen nicht glaubhafter geworden ist.

Zur neuen Fahrpreiserhöhung.

Um einen Massenansturm auf die Reisebüros und Bahnhaltenshalter möglichst zu vermeiden, hat die Reichsbahndirektion angeordnet, daß an allen Bahnhaltenshaltern bereits am Montag Fahrkarten mit dem Lösungstempel des 31. Juli ausgegeben werden, die dann zur Reise bis zum 3. August gültig sind. Jedoch muß die Reise bis Freitag um Mitternacht beendet sein. Es wird sich also empfehlen, von dieser Maßnahme im möglichst weiten Umfange Gebrauch zu machen, da erfahrungsgemäß gerade zu diesem Zeitpunkt der Andrang beim Billetverkauf geradezu bedrohliche Formen annimmt.

Der Anlauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 30. d. Mts. bis auf weiteres zum Preise von 8 Millionen Mark für ein 20-Mark-Stück, 1.500.000 Mark für ein 10-Mark-Stück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Anlauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 50.000fachen Verträge des Rennewerts.

Furchtbares Bergbahnunglück in den Vogesen.

Ein furchtbares Bergbahnunglück hat sich in den Südvogesen ereignet. Es forderte fünf Todesopfer und 50 Verletzte. Anläßlich des französischen Nationalfeiertages war der Bergbahnbetrieb von Retournemer nach dem Höhenort verdoppelt worden. Als der erste Zug mit zahlreichen Reisenden auf dem Gipfel angekommen war und stoppen wollte, funktionierten die Bremsen nicht, so daß die Wagen erst langsam und dann immer schneller rückwärts liefen und mit aller Wucht auf den zweiten Zug auftrafen, der gerade im Hinausfahren war. Der Zugführer des zweiten Zuges, der die Gefahr bemerkt hatte, konnte die Reisenden seines Zuges nach rechts aussteigen lassen, so daß sie der Gefahr entgingen. Von den Reisenden des anderen Zuges jedoch wurden bei dem furchtbaren Zusammenstoß fünf getötet und 50 verletzt. Die beiden Züge sind vollständig zerstört. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Kundgebungen am Sonntag.

Die Kommunisten veranstalteten gestern in zwölf Versammlungen ihren Antifaschistentag. Die Veranstaltungen waren, wenn man von einigen in der inneren Stadt absieht, außerordentlich schwach besucht. Es dürften kaum mehr als 150.000 Personen, insbesondere jugendliche, an der kommunistischen Veranstaltung teilgenommen haben. Es haben wieder einmal diejenigen recht gehabt, die voraussetzten, daß der Verlauf von Veranstaltungen, die mit so überlauter Reklame verkündet werden, gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu der Propaganda steht, die für sie gemacht wurde.

Der gestrige Sonntag ist, von wenigen Zwischenfällen abgesehen, im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur auf der Treptower Spielwiese fand, trotz des behördlichen Verbotes, eine von der kommunistischen Jugend einberufene Versammlung unter freiem Himmel statt, die aber völlig ruhig verlief, so daß die Polizei hier von einem Einschreiten Abstand nahm. Die Redner der KPD verteilten in mehr oder minder geschmackvollen Ausführungen die Forderungen, die die Reichszentrale der KPD bekannt gemacht hatte. Sie verlangten den Rücktritt der Regierung Cuno und ihren Ersatz durch eine „diktatorische Arbeiterregierung“. Daß dabei im Hintergrunde der Ruf stand als der große Helfer aufmarschierender und in der bekannten Weise gegen Severing als „den Heifer der Faschisten“ gehetzt wurde, erscheint dem, der die kommunistische Phrasologie kennt, nur zu selbstverständlich. Man ließ Kompturhand und die Diktatur des Proletariats hoch leben. Betsch bildeten sich nach Schluß der Versammlung Demonstrationszüge, die von der Schupo, die einen umfangreichen Meldebienst errichtet hatte, verstreut wurden. Es wurden insgesamt 108 Personen verhaftet, von denen 98 nach Feststellung der Verhältnisse auf den Revidieren wieder entlassen wurden. Zehn der Verhafteten mußten den Weg zum Polizeipräsidium antreten, wo sie nach ihrer Vernehmung ebenfalls wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Zu einem ersten Zwischenfall kam es an der Feindbrücke. Dort wollte die Schupo einen Demonstrationszug, der aus anscheinend 1000 Personen bestand, aufhalten. Als sie im Begriff war, den Fahnenträger zu verhaften, machten die Demonstranten den Versuch, ihn zu befreien. Dabei gab einer der Beamten einen Schreieschuss ab, der zur Folge hatte, daß die Demonstranten sich zerstreuten. Außer dem Fahnenträger wurde noch ein anderer Mann wegen Widerstandes festgenommen. Am Schönhauser Tor zerstörten Hundertschaften, die auf Kraftwagen herbeigezogen waren, ebenfalls einen Demonstrationszug, bei dem 30 Personen verhaftet wurden, darunter auch das Mitglied des Fünfzehnerausschusses der Betriebsräte, Christl, der in der Brauerei Königsplatz referiert hatte. Am Nachmittag hatte Berlin wieder das gewohnte Aussehen.

In Potsdam

Hatten die Kommunisten zwei Versammlungen einberufen, die völlig ruhig verliefen. Die Kommunisten hatten Vorleser getroffen, diese beiden Veranstaltungen durch ihren eigenen Selbstschutz zu sichern. Am 12. Uhr waren die Kundgebungen, in denen der kommunistische Eisenbahner Beisitz gesprochen hatte, beendet. Der größte Teil der Teilnehmer fuhr alsbald wieder nach Berlin zurück.

Die Kundgebung „Nie wieder Krieg“.

Wenn „gewisse Kreise“ drohen...

Unter reichhaltiger Beteiligung fanden gestern die vom Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg“ einberufenen Kundgebungen statt. Während sie in den Vorjahren unter freiem Himmel im Lustgarten veranstaltet werden konnten, mußten sie gestern in geschlossenen Räumen stattfinden. Die Versammlungsräume, Allems Festhalle in der Hofenbeide, das Gewerkschaftshaus am Engelufer, die Alhambra am Moritzplatz und die Böhmbrauerei waren überfüllt. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der berühmte Phosphor der Pariser Gordanne, Professor Langewain, der als Pazifist und scharfer Gegner des nationalen Völk bekannt ist, durch ein Verbot des Polizeipräsidenten am Reden gehindert war. Der Polizeipräsident glaubte, dieses Verbot, das die republikanische und friedensfreundliche Bevölkerung in keinem Falle begreifen kann, erlassen zu müssen, weil, wie es in der Begründung des Redeverbotes heißt, „gewisse Kreise der Berliner Bevölkerung die französischen Herren mit Gewalt am Reden zu hindern beabsichtigten. Da am Sonntag im Hinblick auf die in Aussicht stehenden großen kommunistischen Kundgebungen die politischen Kräfte außerordentlich stark in Anspruch genommen seien, würde es nicht möglich sein, den französischen Herren den polizeilichen Schutz zu gewähren, auf den sie wegen ihrer friedfertig-politischen Gesinnung nach Anspruch haben. Etwas lächerliche Angriffe würden zu schweren außen- und innenpolitischen Verwicklungen führen. Das Interesse der französischen Herren selbst zwingt den Polizeipräsidenten, den französischen Herren das rednerische Auftreten bei den Kundgebungen zu untersagen.“ Diese respektvolle höfliche Begründung des Polizeipräsidenten in allen Ehren, trotzdem aber hindert die Ansicht, daß man in diesem Falle besser getan hätte, von einem Redeverbot Abstand zu nehmen, das den Anschein erweckt, daß die Behörden vor den Drohungen deutschnationaler und deutschvölkischer Kreise ins Maulloch kriechen. Es war nur zu verständlich, daß gerade sozialistische Redner in diesen Versammlungen die schärfsten Worte gegen dieses Verbot fanden. Um so größer war der Beifall, als Professor Langewain in Begleitung von Professor Albert Einstein sich bei den Friedenskundgebungen zeigte. Schon dieser Beifall bewies, daß die Republikaner und Friedensfreunde in so überaus großer und achtunggebender Mehrheit waren, daß deutschnationalen

Grubenkatastrophen ohne Ende.

Kaum 24 Stunden nach der bereits am Sonnabend gemeldeten Grubenkatastrophe bei Raitby, in der 28 Grubenarbeiter ihren Tod gefunden haben, hat sich ein anderes Grubenunglück ereignet, und zwar in Rissby in Süd-Schottland, dem 10 Bergleute zum Opfer fielen. Im Augenblick der Explosion waren nur 12 Grubenarbeiter im untersten Stollen beschäftigt, von denen 8 auf der Stelle getötet und 2 schwer verletzt wurden. Die beiden übrigen Arbeiter, die sich 20 Meter von der Explosionsstelle entfernt befanden, konnten sofort Warnsignale geben.

Mord in der Grenzwaache.

Am Dienste ermordet wurde am 28. d. M. morgens in der Kanalstraße der tschechoslowakischen Grottauer Grenzwaache der Finanzinspektor Ruch von einem unbekanntem Vorker. Dieser zog bei der Wiltation plötzlich einen Revolver und firete auf Ruch durch drei Schüsse in den Rücken nieder. Der Mörder ist entflohen. Er dürfte sich nach Jittau gewandt haben und soll aus Berlin stammen.

Schiffskatastrophe. Einer Blood-Meldung zufolge ist der englische Dampfer „Willa Real“ am 26. d. M. in der Nordsee in der Höhe von Nordorenen untergegangen. Die Besatzung konnte von der Mannschaft eines dänischen Dampfers gerettet werden.

Attentat auf einen Pilgerzug. Gegen einen Zug in der Nähe von Lourdes ist ein Attentat verübt worden, indem ein Pilgerzug mit einem in rätselhafter Weise quer über die Schienen gestellten Personenzug zum Zusammenstoß gebracht wurde. Die Reisenden kamen mit dem Schrecken davon.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nimmlich läßt überwiegen bedeckt, mit wiederholten Regenschauern und mäßigen südwestlichen bis nördlichen Winden.

Störenfriede die Lust zu irgendwelchen Gewalttaten sehr energig) ausgetrieben worden wäre.

Langewain Rede

wurde in deutscher Uebersetzung von den Versammlungsleitern vorgelesen. Er führte darin aus, daß die große Mehrheit des französischen Volkes die Ablehnung des Imperialismus und Militarismus verlange, daß sie eine ehrliche Verständigung mit Deutschland im Rahmen des Völkerbundes, dem Deutschland alsbald beitreten solle, fordere. Eine enge geistige und wirtschaftliche Solidarität zwischen den Völkern Frankreichs und Deutschlands sei die Vorbedingung für den Frieden Europas. Die französischen Pazifisten übernahmen die Verpflichtung, für die Verdrängung der Gewaltpolitik mit allen Kräften zu wirken. Diese Rede erweckte überall die begeisterte Zustimmung der Anwesenden. Professor Einstein führte unter allgemeinem Beifall etwa folgendes aus: Ich habe, wie Sie wissen, dem Völkerbund aus Mangel über sein Verhalten den Rücken gekehrt, doch glaube ich heute, daß das nicht richtig war, denn der Völkerbund mag noch so schlecht sein in dem, was er getan hat, er ist jedoch ungeheuer wertvoll im Hinblick auf die Möglichkeiten, die er noch in sich birgt. Unter den heutigen Umständen ist er das einzige Organ, das gestattet, zwischen den Nationen Beziehungen herzustellen. Es ist deshalb außerordentlich wichtig, mit ganzer Kraft dafür einzutreten, daß Deutschland dieses Jahr nicht vorübergehen läßt, ohne seinen Beitritt zum Völkerbund zu vollziehen. Der Weg über die Verhandlungen des Völkerbundes ist der einzige, der es ermöglicht, in der Zeit, die uns noch bleibt, dem völligen Ruin zu entgehen.

In den Versammlungen sprachen Rabold, Kitzmeier, Dr. Kauer, Hans Meier, Koder, Dr. Helene Stöder, A. v. Offizität und Karl Wetter sowie das Mitglied des englischen Unterhauses Dennis Smith-Landon von der Labour Party. Mitglieder des Schauspielers Theaters sprachen einen zündenden, eigens für diesen Tag geschaffenen Prolog von Henning Duderstadt und Berle von Klambund, die als starke Anklage gegen den „General“ (Ludendorff) ihre Wirkung fanden. Der Tenor der Ausführungen der Hauptredner in allen Versammlungen war, daß die Wiederkehr eines neuen Massenmordens unter allen Umständen verhindert werden müsse.

Solidaritätskundgebungstelegramme aus London, Wien, Washington und dem Haag wurden lebhaft begrüßt. Nach den Kundgebungen fand eine Niederlegung von Kränzen an den Gräbern französischer, englischer, russischer und italienischer Kriegsgefangener und deutscher Soldaten auf dem Garnisonfriedhof in der Hofenbeide statt.

Friedenskundgebungen im Ausland.

An dem gestrigen 9. Jahrestag der Kriegserklärung hatten die Pazifisten in allen bedeutenden Städten Englands große Manifestationen zugunsten des Friedens veranstaltet. In London demonstrierten mehr als 20.000 Personen, unter denen sich eine große Zahl von Arbeitslosen befand. Man bemerkte Fahnen mit der Aufschrift: „Der Krieg ist niederträchtig, verweigert den Kriegsdienst. Bekämpft Euch nicht, denkt lieber nach. Macht ist vergänglich.“ Unter den zahlreichen Rednern bemerkte man englische Parlamentarier sowie französische, deutsche, amerikanische und australische Delegierte. Es wurden Resolutionen gegen den Krieg und gegen den Militarismus durch die verschiedenen pazifistischen Gruppen angenommen.

Gestern fand vor dem Rathaus in Wien unter der Parole „Nie wieder Krieg“ eine Versammlung statt, die von 18 pazifistischen Vereinigungen veranstaltet wurde. Daran schloß sich ein Demonstrationszug über den Ring, bei dem es zu einem unbedeutenden Zusammenstoß mit einer Gruppe von Nationalsozialisten kam, die unter Führung der „Wacht am Rhein“ und anderer nationaler Vorker gegen die Versammlungsteilnehmer demonstrierten. Die Polizei verhinderte Fälschlichkeiten. Es ereigneten sich keine weiteren Zwischenfälle.

Die Ruherkundgebung in der Universität.

Eine Erklärung von Professor Einstein.

In der Neuen Aula der Universität fand eine Kundgebung „Das französische Vorgehen an Rhein, Ruhr und Saar und die sittliche Welt“, in deren Verlauf die Tatsachen der französisch-belgischen Gewalt Herrschaft im besetzten Gebiet und ihre schweren Folgen für das deutsche Kulturleben dargelegt wurden, statt.

Der Rektor der Universität eröffnete die Kundgebung mit einer kurzen Ansprache. Regierungspräsident Genoffe Dr. Grünhartz-Barmen, der als erster Redner vorgehen war, konnte in Anbetracht der politischen Verhältnisse nicht erscheinen. Oberbürgermeister Dr. Mann-Reddinghausen, Professor Dr. Meurer-Würzburg, Justizrat Dr. Wildhagen, Frau Helene Weber, Dr. Nikolaus Peters-Köln sprachen zu dem Thema der Veranstaltung. Großen Beifall löste eine Erklärung von Professor Einstein aus, die vom Leiter der Veranstaltung, Reg. Rat v. Staff, vorgelesen wurde, die folgenden Wortlaut hatte: „Als Mensch und Pazifist, der davon überzeugt ist, daß Europa unter den heutigen wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen ohne eine internationale Rechts- und Rechtsordnung nicht leben kann, bedauere ich das Vorgehen Frankreichs in den besetzten deutschen Gebieten aus tiefster Seele. Die Möglichkeit menschwürdiger Christen in unserem Erdteil kann nur dann wiederkehren, wenn alle ohne Unterschied der Nationalität für Recht und Gerechtigkeit eintreten, ohne Rücksicht auf vermeintliche Interessen des eigenen Gemeinwefens.“

Abdankung. Heute begeht unser langjähriger Parteigenosse Heinrich Adold (Rosenower Straße 19) mit seiner Frau Antonie das 75. Lebensjahr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis, Mitte, Dienstag, den 31. Juli, 7 Uhr: Kreisfunkabend im Refektorium Hof. Rosenhaller Str. Zutritt nur mit Einweisung.
27. Wdt. Dienstag, 7 Uhr: Konferenz sämtlicher Parteifunktionäre, Betriebsparteianalysen und Bezirksleiterkonferenzen, Schule Sonnenburger Straße. Wichtige Tagesordnung.
30. Wdt. Dienstag, 7 Uhr: Wichtige Funktionärskonferenz bei H. Carl, Wilmersd. 62.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Sonntag, den 29. Juli.

1. Rennen. 1. Roldorn (Ritter), 2. Lize (W. Schmidt), 3. Dorothea (Jäger). Toto: 7:10, Platz: 10, 10, 11:10. Ferner liefen: Labinia, Buchsmaier, Kellaroja, Dinar.
2. Rennen. 1. Patrie (Heidi), 2. Koloch (Hastenberg), 3. Traumsee (Kalle). Toto: 22:10, Platz: 14, 14, 67:10. Ferner liefen: Brüberhoff, Ratcha, Casaria, Adria, Regatta, Prinz Karneval, Händlerin, Doflor, Richte, Rieder, Amalga.
3. Rennen. 1. Sigilbert (Hastenberg), 2. Uberglaube (C. Schmidt). Toto: 15:10.
4. Rennen. 1. Diane II (W. Schmidt), 2. Sanguinifer (Hastenberg), 3. Granate (Olefeld). Toto: 20:10, Platz: 14, 19:10. Ferner liefen: Raschel, Tango, Laerie.
5. Rennen. 1. Wulst (C. Schmidt), 2. Ransalcone (Tarras), 3. Wuppensee (Ober). Toto: 30:10, Platz: 15, 31:10. Ferner liefen: Edwina, Balur.
6. Rennen. 1. Parvina (W. Schmidt), 2. Frißora, 3. Tantal (Ransel). Toto: 23:10, Platz: 15, 58, 117:10. Ferner liefen: Behring, Flammend, Landung, Abatia, Dicks, Maria, Kaduane.
7. Rennen. 1. Blüthen (Hastenberg), 2. Flugheiß (Huguenin), 3. Überredet (K. v. r.). Toto: 31:10, Platz: 19, 27:10. Ferner liefen: Bergfeld, Debensteiler, Paris, Rarr.

